

Änderungsantrag

der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainder Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- a) zu der zweiten Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD
– Drucksachen 16/5736, 16/7768 –**

Die Rechte der Roma in Europa stärken

- b) zu der zweiten Beratung des Entschließungsantrags der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 16/5784, 16/7768 –**

**zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Grietje Bettin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/918 –**

Zur Situation von Roma in der Europäischen Union, in den EU-Beitrittsländern und im Kosovo

- c) zu der zweiten Beratung des Entschließungsantrags der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Alexander Bonde, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksachen 16/5785, 16/7768 –**

**zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Grietje Bettin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/918 –**

Zur Situation von Roma in der Europäischen Union, in den EU-Beitrittsländern und im Kosovo

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Beschlussempfehlung wird wie folgt geändert:

„In Buchstabe a wird nach den Wörtern „Minderheit enthält.“ folgender Text angefügt:

„In Abschnitt II werden nach Nummer 8 die Nummern 9 bis 14 angefügt:

9. eine nationale Strategie zur Verbesserung der Situation der Sinti und Roma in allen Bereichen auszuarbeiten, wie es vom Ministerrat des Europarates in der Entschließung vom 7. Februar 2007 „Zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten durch Deutschland“ gefordert wurde;
10. den von der Bundesregierung unterschriebenen „Action Plan on Roma and Sinti Issues“ der OSZE umzusetzen, nach dem gleichfalls, wo nötig, umfassende nationale Strategien oder Aktionspläne zur Verbesserung der Lage der Sinti und Roma zu entwickeln sind;
11. in einer umfassenden nationalen Strategie zur Verbesserung der Lage der Sinti und Roma insbesondere die folgenden Punkte zu berücksichtigen:
 - a) die Empfehlungen der Allgemeinen Empfehlung XXVII „Diskriminierung der Roma“ des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (CERD) und die allgemeine politische Empfehlung 3 „Bekämpfung von Rassismus und Intoleranz gegenüber den Sinti und Roma“ der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) sollten angemessen berücksichtigt werden;
 - b) die Umsetzung des Beschlusses der Innenministerkonferenz vom 23./24. Juni 2005 „zur Unterbindung von Bezeichnungen über die Zugehörigkeit von Beschuldigten zu den Sinti und Roma in behördlichen Mitteilungen“ sollte unterstützt werden;
 - c) die deutsche Antidiskriminierungsstelle sollte vor dem Hintergrund der verbreiteten Diskriminierung der Situation der Sinti und Roma besondere Beachtung widmen, wobei sich dies auch in der Besetzung der Stelle mit Angehörigen der Minderheit widerspiegeln sollte;
 - d) im Bildungswesen ist die Chancengleichheit für Roma- und Sinti-Kinder aktiv zu fördern und umfassende Programme sollten entwickelt und umgesetzt werden mit dem Ziel, die Praxis der systematischen Überstellung von Roma-Kindern in sonderpädagogische Schulen zu beseitigen. In diesem Rahmen sollten Vorschulangebote für Roma in integrierten Klassen, an deren Durchführung Lehrer aus der Gruppe der Minderheit in ausreichender Zahl beteiligt werden, ausgearbeitet werden;
 - e) die Finanzierung unterstützender Maßnahmen sollte sichergestellt werden, um die Zahl der Mediatorinnen und Mediatoren, Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Lehrerinnen und Lehrer, die Sinti oder Roma sind, zu erhöhen;
 - f) politische Konzepte sowie Programme im Bereich der Berufsbildung sollten entwickelt werden, um die Beschäftigungschancen von Sinti und Roma zu verbessern;
 - g) spezifische Programme sollten unterrepräsentierte Gruppen wie die der Sinti und Roma auf eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst vorbereiten und die Aufnahme von Sinti und Roma in den öffentlichen Dienst besonders fördern;

- h) Stipendienprogramme für Sinti- und Roma-Studentinnen und -Studenten sollten entwickelt werden und Sinti und Roma zu einer verstärkten Teilnahme an bestehenden Stipendienprogrammen ermutigt werden;
 - i) spezifische Maßnahmen sollten die Achtung, den Schutz und die Förderung des Romanes und seiner Lehre sowie der Kultur der Sinti und Roma als Bestandteil des kulturellen Erbes der Sinti und Roma gewährleisten;
 - j) Aktivitäten der Bürgerrechts- und Kulturarbeit der Sinti und Roma sollten unterstützt werden, indem diese verstärkt finanziell bei ihrer kulturellen, schulischen und sozialen Arbeit und in ihrer Selbstorganisation gefördert werden;
 - k) Sinti und Roma sollten in die Ausarbeitung, Umsetzung und Bewertung aller sie betreffenden Maßnahmen als gleichberechtigte Partnerinnen und Partner auch unter dem Aspekt der Eigenverantwortung einbezogen werden, wie es in Artikel 15 des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten vorgesehen ist;
12. das Protokoll Nr. 12 zur Europäischen Menschenrechtskonvention zu ratifizieren;
 13. den Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vom 19. April 2007 in Einklang mit dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung umzusetzen;
 14. sich gegenüber den Innenministern der Länder dafür einzusetzen, dass bislang geduldete Roma aus dem Kosovo eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 23 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) erhalten.““

Berlin, den 17. Januar 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Wir begrüßen die Grundrichtung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD. Dieser greift viele der Probleme der Roma in Europa auf, die wir in unseren beiden Entschließungsanträgen (Bundestagsdrucksachen 16/5784 und 16/5785) ebenfalls thematisieren. Im Gegensatz zu unseren eigenen Entschließungsanträgen bleibt der Antrag jedoch allgemeiner.

Aus unserer Sicht völlig unzureichend sind die Analyse und dementsprechende Forderungen zur Situation der Sinti und Roma in der Bundesrepublik Deutschland. Hier hat es die Koalition erneut versäumt, ihre innenpolitischen Hausaufgaben zu machen – was im Übrigen auch innerhalb der Koalitionsfraktionen von einigen Abgeordneten so gesehen wird. Die Tendenz, gerade in Menschenrechtsfragen mit spitzem Finger auf andere zu zeigen, aber vor seiner eigenen Haustüre nicht zu kehren, verfestigt sich in den Koalitionsfraktionen und führt zu einem massiven Glaubwürdigkeitsverlust, sowohl gegenüber den EU-Partnern als auch international. Mit einer solchen Haltung kann keine überzeugende Menschenrechtspolitik gestaltet werden.

